

Quelle:

<http://www.bpb.de/themen/GAJ370.html>

■ Mitgliedstaaten

Griechenland



Der Philosoph Aristoteles und die Opernsängerin Maria Callas

Inhalt

- Das Land in Daten
- Neuwahlen
- Neue Regierung
- Neuer Oppositionsführer
- Finanzkrise
- Hilfspaket
- Sparpaket
- Protestwelle
- Wiederwahl des Präsidenten
- Terrorismus
- Türkei
- Weitere Ereignisse

Das Land in Daten

Fläche

131.957 km² (Weltrang: 94)

Einwohner

11.193.000 = 85 je km² (F 2007, Weltrang: 74)

Hauptstadt

Athína (Athen)

Amtssprachen

Griechisch

Bruttoinlandsprodukt

242,9 Mrd. Euro

realer Zuwachs: 2,9%

Bruttonationalprodukt (BSP, pro Einwohner und Jahr)

25.740 US-\$

Währung

1 Euro (Euro) = 100 Cent

Botschaft

Botschaft der Griechischen Republik

Jägerstr. 55, 10117 Berlin
Telefon 030 206260, Fax 030 20626444
www.griechenland-botschaft.de

Regierung

Staatsoberhaupt: Karolos Papoulias, Regierungschef u. Äußeres:
Georgios Papandreou

Nationalfeiertag

25.3. (Beginn des Befreiungskampfes gegen das Osmanische Reich 1821)

Verwaltungsgliederung

13 Regionen
Mönchsrepublik Athos mit autonomem Status

Staats- und Regierungsform

Verfassung von 1975
Parlamentarische Republik
Parlament (Voulí ton Ellínon) mit 300 Mitgl., Wahl alle 4 J.
Wahl des Staatsoberhauptes durch Parlament alle 5 J.
Wahlpflicht ab 18 J.

Bevölkerung

Griechen
Nat. Statistik F 2008: 11.213.785 Einw.
letzte Zählung 2001: 10.964.020 Einw.
Mönchsrepublik Athos: 1536 Einw. (Stand 1991)
offiz. 100% Griechen
Minderheiten von Slawen, Aromunen, Türken, Pomaken
(slawischsprachige Muslime), Roma, Armeniern

Städte (mit Einwohnerzahl)

(Stand 2001) Athina (Athen) 745.514 Einw. (2007 A 3,4 Mio.),
Thessaloníki (Saloniki) 363.987, Piräas (Piräus) 175.697, Pátra
(Patras) 161.114, Peristéri 137.918, Iráklío (Heraklion) 133.012,
Lárisa (Larissa) 124.786, Kallithéa 109.609, Nikäa 93.086,
Kalamariá 87.255, Vólos 82.439, Néa Liósia 80.859, Glifádha
80.409

Religionen

97% orthodoxe Christen, Minderheiten von Muslimen,
Protestanten, Katholiken, Juden (Stand: 2006)

Sprachen

Griechisch (Neugriechisch)

Erwerbstätige nach Wirtschaftssektor

Landwirtsch. 11,4%, Industrie 19,5%, Dienstl. 69,1% (2006)

Arbeitslosigkeit (in % aller Erwerbspersonen)

Ø 2008: 7,7%

Inflationsrate (in %)

Ø 2008: 4,2%

Wichtigste Importgüter (Anteil am Gesamtimport in %)

27% Maschinen u. Fahrzeuge, 14% chemische Erzeugnisse, 9%
Nahrungsmittel u. lebende Tiere, 13% Vorerzeugnisse, 13%
Fertigerzeugnisse

Wichtigste Exportgüter (Anteil am Gesamtexport in %)

23% sonstige Vorerzeugnisse, 16% Nahrungsmittel u. lebende
Tiere, 14% Maschinen u. Fahrzeuge, 13% chemische

Enderzeugnisse, 11% sonstige Fertigerzeugnisse

Neuwahlen

In der Mitte der Legislaturperiode ließ Ministerpräsident Kostas Karamanlis am 2.9.2009 Neuwahlen ausschreiben. Er begründete diesen Schritt damit, dass die Regierung für die angesichts der wirtschaftlichen Krise notwendigen Reformen eines neuen Mandats bedürfe. Die Wahlen am 4.10. endeten, wie die Umfragen schon Monate zuvor erwarten ließen, mit einem deutlichen Sieg der oppositionellen Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), die mit 43,9 % 160 Sitze (+58 Sitze) im Parlament erhielt. Die bisher regierende konservative Nea Dimokratia (ND) erzielte mit 33,5% (-8,3%) das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung 1974. Die Medien werteten dies als deutliches Urteil der Bevölkerung über die fünfeinhalbjährige Amtszeit von Karamanlis, die von Lethargie, zahlreichen Skandalen und Ineffizienz gekennzeichnet gewesen war. Drittstärkste Partei wurde erneut die Kommunistische Partei (KKE), die mit 7,5 % leichte Verluste von knapp einem Prozentpunkt hinnehmen musste; auch das Bündnis der radikalen Linken (SYRIZA) verlor mit 4,6% leicht an Stimmen. Dagegen gewann die rechtsextreme Völkisch-Orthodoxe Sammlung (LAOS) fast zwei Prozentpunkte hinzu und erhielt mit 5,6% 15 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 70,9% und lag damit um 3,2% niedriger als 2007.

Neue Regierung

Die neue Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou (Biografie) wurde am 7.10.2009 vereidigt. Papandreou, Sohn und Enkel früherer Regierungschefs, übernahm zugleich das Amt des Außenministers, wobei Dimitris Droutsas als stellvertretender Minister die eigentlichen Amtsgeschäfte führt. Im Kabinett sind sowohl erfahrene Minister wie der stellvertretende Ministerpräsident Theodoros Pangalos oder Verteidigungsminister Evangelos Venizelos als auch Angehörige der jüngeren Generation vertreten. Zu letzteren zählt Finanzminister Giorgos Papakonstantinou, ein Ökonom, der zehn Jahre bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) tätig gewesen war. Von den insgesamt 36 Kabinettsmitgliedern sind neun Frauen, so viel wie noch nie in einer griechischen Regierung.

Neuer Oppositionsführer

Nachdem Karamanlis nach den verlorenen Wahlen als Vorsitzender der ND zurückgetreten war, wurde am 29.11.2009 der ehemalige Kulturminister Antonis Samaras mit 50,1% der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden und damit zum Oppositionsführer gewählt. Die frühere Außenministerin Dora Bakojannis folgte mit 39,7% vor dem Präfekten von Saloniki Panagiotis Psomiadis mit 10,2%. Die Wahl erfolgte erstmals in einer Urwahl durch insgesamt 770.683 Parteimitglieder und Sympathisanten in Griechenland und der Diaspora. Samaras, ein dezidierter Nationalist, hatte als Außenminister 1992 wesentlich zur Eskalation des Namensstreits mit dem Nachbarland Mazedonien beigetragen. 1993-2004 war er Vorsitzender einer eigenen politischen Formation (Politischer Frühling), bevor er 2004 zur ND zurückkehrte.

Finanzkrise

Die ambitionierten Pläne der Regierung, die u.a. zusätzliche Leistungen für niedrige Einkommensbezieher sowie die Erhöhung niedriger Renten angekündigt hatte, wurden rasch von der Realität eingeholt. Finanzminister Papakonstantinou wies bereits am 20.10.2009 darauf hin, dass das Haushaltsdefizit 2009 weit höher als 3,7% des BIP, wie die Vorgängerregierung angegeben hatte, ausfallen dürfte, nämlich bis zu 12,7%. In der vom statistischen Amt der EU (Eurostat) am 22.10. veröffentlichten zweiten Datenmeldung für 2005-08 wurde das Defizit für 2008 von

5 auf 7,7% korrigiert unter gleichzeitigem Vorbehalt gegenüber den von Griechenland gelieferten Daten. Am 8.1.2010 legte die EU-Kommission einen ausführlichen Bericht zu den Statistiken Griechenlands vor und wies auf die methodischen Schwächen und ungenügenden technischen Verfahren im griechischen Statistikamt und anderen Behörden hin: Die einzelnen Stellen kooperierten nur mangelhaft miteinander, es gebe keine klaren Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Die Erstellung der Statistiken sei bisher stets dem Einfluss der Regierung ausgesetzt gewesen. Die Unsicherheit über die tatsächliche Haushaltslage brachte das hochverschuldete Land (Staatsverschuldung), das als Mitglied der Eurozone bislang von günstigen Zinsen profitiert hatte, unter den Druck der internationalen Finanzmärkte. Dies spiegelte sich im Anstieg der Zinsen und einer Absenkung der Kreditwürdigkeit durch internationale Ratingagenturen wider.

Papandreou kündigte am 14.12.2009 in der ersten einer Reihe dramatischer Fernsehansprachen an, das Haushaltsdefizit bis 2013 auf 3% zu reduzieren, wozu es nicht solch rigider Maßnahmen, wie sie in Irland angewendet worden waren, bedürfe. Am 24.12. verabschiedete das Parlament den Haushalt für 2010, der eine Kürzung der Ausgaben um 2,3% und eine Erhöhung der Einnahmen um 9% vorsah; letztere sollte durch eine verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Privatisierung von Staatsbeteiligungen bei Unternehmen erreicht werden.

Allein für 2010 benötigte das Land neue Kredite im Umfang von 53 Mrd. Euro, um auslaufende Anleihen zu refinanzieren. Eine am 25.1.2010 ausgegebene Staatsanleihe fand erstaunlich starke Nachfrage, die auch durch die Aussicht auf hohe Zinsen befördert wurde und der Regierung ermöglichte, anstelle der ursprünglich geplanten 5 Mrd. Euro nun 8 Mrd. Euro aufzunehmen. Am 2.2. kündigte Papandreou erstmals an, die Gehälter im öffentlichen Dienst einzufrieren sowie einige indirekte Steuern zu erhöhen; Arbeits- und Sozialminister Andreas Loverdos verkündete am 9.2., dass das Rentenalter bis 2015 von 61 auf 63 Jahre erhöht und der Rentenberechnungsmodus geändert werden solle. Trotz dieser Sparpläne beschlossen die EU-Finanzminister am 16.2. die Verschärfung des Defizitverfahrens; ein Expertenteam von EU-Kommission, EZB und IWF, das am 24.2. in Athen eintraf, forderte ein weitaus schärferes Sparprogramm.

Hilfspaket

Obwohl von Griechenland wie auch der EU beharrlich wiederholt wurde, Griechenland verlange keine Finanzhilfe vonseiten der EU bzw. eine solche sei nicht vorgesehen, einigten sich die EU-Mitgliedstaaten am 25.3.2010 auf einen Hilfsmechanismus, der koordinierte bilaterale Kredite der Länder der Eurozone unter Einbeziehung des IWF vorsah. Das Defizit für 2009 (13,6%) wurde, ebenso wie die Defizite für 2006 und 2007, von Eurostat am 22.4. noch einmal nach oben korrigiert. Am 23.4. beantragte die griechische Regierung offiziell Finanzhilfe. Internationale Ratingagenturen hatten die Kreditfähigkeit Griechenlands im April weiter sukzessive herabgestuft. Delegationen von EU, EZB und IWF einigten sich am 1./2.5. mit der Regierung auf ein konkretes Sparprogramm, mit dem das Haushaltsdefizit bis 2014 auf unter 3% gesenkt werden soll. Im Gegenzug erhält Griechenland ein auf drei Jahre angelegtes finanzielles Hilfsprogramm (Kreditzusagen) im Umfang von insgesamt 110 Mrd. Euro, wovon 80 Mrd. Euro von den Ländern der Eurozone als bilaterale Darlehen vergeben werden und 30 Mrd. Euro vom IWF. Die Finanzminister der Eurozone stimmten dieser Vereinbarung am 2.5. zu, das Exekutivdirektorium des IWF am 9.5.

Das Parlament nahm das Sparprogramm am 6.5.2010 mit den

Stimmen von PASOK und LAOS an; KKE, SYRIZA sowie ND stimmten dagegen, obwohl der Vorsitzende der ND, Samaras, zunächst die Zustimmung der ND signalisiert hatte. Die frühere Außenministerin Bakojannis, die für das Sparpaket stimmte, wurde aus der ND-Fraktion ausgeschlossen, so wie umgekehrt drei PASOK-Abgeordnete, die dagegen gestimmt hatten, ihre Fraktion verlassen mussten. Die Regierung beantragte am 11.5. die ersten 20 Mrd. Euro aus dem Hilfspaket, um eine im Mai fällige Anleihe zurückzahlen zu können.

Sparpaket

Die an die Kreditzusagen geknüpften Sparmaßnahmen sahen vor, dass das als 13. und 14. Monatsgehalt bezeichnete Weihnachts-, Ostern- und Urlaubsgeld auf 1000 Euro /Jahr beschränkt und nur noch den Staatsbediensteten gezahlt wird, deren monatliches Gehalt 2917 Euro nicht übersteigt. Die Zuschläge (nicht die Gesamtgehälter) der Bediensteten im öffentlichen Dienst werden um weitere 8% gekürzt, so dass sich die diesbezüglichen Kürzungen mit den bereits zuvor erfolgten auf 20% summieren. Für die Bediensteten der Staatsunternehmen (Telekom, Elektrizitätsversorgung, Post, Olympic Airways), deren Gehälter keine Zuschläge enthalten, werden die Gehälter um weitere 3% gekürzt, so dass die Gehaltskürzungen sich hier auf 10% addieren. Das Weihnachts-, Ostern- und Urlaubsgeld für Renten bis 2500 Euro wird auf 600 Euro begrenzt, für alle Renten, die darüber liegen bzw. deren Empfänger noch nicht das 60. Lebensjahr vollendet haben (ausgenommen Witwenrenten) gestrichen. Gehälter im öffentlichen Dienst und Renten werden eingefroren; die Arbeitslosenunterstützung wird gekürzt. Außerdem wird die Mehrwertsteuer auf 23% erhöht, die Steuern für Benzin, Tabak und Alkohol steigen um 10%. Des Weiteren muss der Staat 2011-13 jedes Jahr Staatseigentum im Wert von mindestens 1 Mrd. Euro verkaufen. Einmal mehr wurde ein neues Steuersystem angekündigt, mit dem die Steuerhinterziehung und die Verschwendung öffentlicher Gelder durch die Verwaltung bekämpft werden soll.

Protestwelle

Die Ankündigungen der umfangreichen Sparmaßnahmen lösten eine Welle des Protests aus. Bereits im Dezember 2009 kam es zu ersten Protestkundgebungen; am 4.2.2010 streikten die Finanzbeamten für mehrere Tage, der öffentliche Dienst stellte am 10.2. ganztätig seine Arbeit ein. Die Taxifahrer streikten am 19.2. gegen die Pflicht zur Ausstellung von Quittungen. Die Zollbeamten begannen am 16.2. mit einem mehrtägigen Streik, so dass in Athen bald Mangel an Benzin herrschte, und setzten ihren Ausstand bis zum zweiten Generalstreik des öffentlichen Dienstes am 24.2. fort. Am 11.3. folgte der dritte Generalstreik des öffentlichen Dienstes, an dem diesmal auch die Polizei und die Justizbeamten teilnahmen. Die Finanzbeamten waren bereits am 8.3. erneut in den Ausstand getreten. Am 5.5., dem Tag eines weiteren Generalstreiks, demonstrierten ca. 100.000 Menschen in Athen. Dabei warfen Randalierer aus der anarchistischen Szene Molotow-Cocktails in eine Filiale der Marfin Egnatia Bank im Zentrum Athens. Drei Bankangestellte kamen dabei ums Leben; die Fahrzeuge der Feuerwehr wurden z.T. von Demonstranten aufgehalten. Die Täter waren verumumt und blieben unerkannt. Tausende von Touristen saßen am 23.6. im Hafen von Piräus fest, als Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft PAME alle Fährschiffe am Auslaufen hinderten, obwohl ihr Streik am Vortag von einem Gericht untersagt worden war. Am 29.6. kam es erneut zu einem Generalstreik, dem fünften seit Beginn des Jahres.

Bauern, die ab Mitte Januar 2010 - wie jedes Jahr - zahlreiche Straßen sowie die Grenzübergänge zu allen Nachbarländern

blockierten, mussten erstmals ihre Proteste abbrechen (16.2.), ohne dass die Regierung, von der sie wie gewohnt Unterstützungszahlungen erzwingen wollten, ihren Forderungen entgegenkam.

Wiederwahl des Präsidenten

Karolos Papoulias (Biografie) wurde am 3.2.2010 ohne Gegenkandidaten für eine zweite Amtszeit als Staatspräsident gewählt. Er erhielt die 266 Stimmen der anwesenden Abgeordneten von PASOK, ND und LAOS, während die beiden Linksparteien KKE und SYRIZA sich der Stimme enthielten.

Terrorismus

Wie in den letzten Jahren kam es häufig zu Sprengstoffanschlägen, die vorwiegend Sachschäden hervorriefen. Bei einem Anschlag auf eine Polizeistation in Athen am 27.10.2009 wurden sechs Polizisten in einem Kugelhagel z. T. schwer verletzt. Im April 2010 nahm die Polizei insgesamt sechs Personen fest, die verdächtigt werden, der Terrorgruppe "Revolutionärer Kampf" anzugehören, die seit 2003 zahlreiche Bombenanschläge verübte. Drei der Verhafteten hatten sich nach ihrer Festnahme in einem Brief an die Presse zu den Taten bekannt.

Bei der Explosion einer Briefbombe wurde am 24.6.2010 der Polizeiadjutant von Bürgerschutzminister Michalis Chrysochoidis in dessen Vorzimmer getötet.

Türkei

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Karamanlis räumte Papandreou in der Außenpolitik den griechisch-türkischen Beziehungen eine vorrangige Bedeutung ein. Bereits am 9.10.2009 traf er in Istanbul zu einem informellen Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan und dessen Außenminister Ahmed Davutoglu zusammen. In der schriftlichen Fortsetzung des Gesprächs unterbreitete Erdogan zahlreiche Vorschläge zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen; Papandreou hob in Bezug auf die Ägäisfrage die Respektierung der territorialen Integrität, des Völkerrechts und der internationalen Verträge (so u. a. die Seerechtskonvention, die von Griechenland und anderen EU-Staaten, aber nicht von der Türkei unterzeichnet wurde) hervor. Am 14./15.5.2010 wurde während Erdogans erstem Staatsbesuch seit 2004 in Athen auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung ein Hoher Kooperationsrat geschaffen, der künftig einmal im Jahr abwechselnd in Athen und Ankara tagen soll. Außerdem wurden 21 bilaterale Abkommen in den Bereichen Umwelt, Energie, Kultur, Wirtschaft und Tourismus unterzeichnet. Über weiterreichende Vorschläge wie jenen Erdogans, die Militärausgaben im beiderseitigen Interesse zu reduzieren, wurde nur unverbindlich gesprochen. Ein weiteres Thema waren die von griechischer Seite immer wieder beklagten Flüge türkischer Kampfflugzeuge in der Ägäis. Samaras warnte die Regierung vor Verhandlungen mit der Türkei, da sie derzeit wegen der Finanzkrise in einer schwächeren Position sei und deshalb nationale Interessen aufs Spiel setze.

Weitere Ereignisse

Am Jahrestag des Todes des 2008 von einer Polizeikugel getöteten Schülers Alexis Grigoropoulos, dem damals schwere Unruhen gefolgt waren (WA 2010, S. 223f.), kam es am 6./7.12.2009 in Athen zu Ausschreitungen. Der Rektor der Athener Universität, Christos Kittas, wurde dabei von Vermummten im Rektorat auf brutale Weise zusammengeschlagen. Über 800 Personen wurden vorübergehend festgenommen, gegen 202 wurde Anklage erhoben.

top ▲

Themen | Wissen | Veranstaltungen |
Publikationen | Lernen |
Die bpb | Bestellen | Newsletter | Presse | Partner |
Impressum | Datenschutz | Kontakt | Home